

# Kernschmelze droht!

## Reformprozess in der Krise

Von Hans-Jürgen Volk

Menschen machen sich wieder Sorgen um ihre Zukunft. Die Überschuldung zahlreicher Staaten in Folge der Finanzkrise von 2008, die Eurokrise sowie die Tatsache, dass das Kasino der internationalen Finanzmärkte im wesentlichen funktioniert wie immer, all dies weckt im Moment eher düstere Erwartungen. Die Kirche müsste jetzt nah bei den Menschen sein. Stattdessen veranstaltet man eine nahezu obszöne Orgie der Beschäftigung mit sich selbst.

Dieser Exzess in Sachen Selbstbeschäftigung droht aus verschiedenen Gründen in einem Desaster zu enden. Die zahllosen Reformbaustellen überfordern MitarbeiterInnen auf allen kirchlichen Ebenen. Auch diejenigen, die einst mit dem Argument die Dinge an sich zogen, sie hätten „den größeren Überblick“, scheinen nicht mehr ganz klar zu sehen.

## Verwaltungsaufbau zu Lasten der Arbeit mit den Menschen

Entwickelt sich der „Reformprozess“ wie geplant und zum Teil schon beschlossen, ist Folgendes unausweichlich: in der Ev. Kirche im Rheinland wird es auch in Zukunft eine Stellenerosion in Arbeitsfeldern wie der Jugendarbeit, der Kirchenmusik und dem Pfarrdienst geben, währenddessen die Verwaltung „gegen den Trend“ erheblich wachsen wird. Am Horizont erscheint eine Vision von Ev. Kirche, die ihren vorrangigen Zweck offenbar nicht mehr darin erblickt, bei den Menschen zu sein, sondern sich selbst möglichst effizient, effektiv und natürlich erfolgreich zu verwalten.

Immer deutlicher wird, was Einige mit „Stärkung der mittleren Ebene“ tatsächlich meinen. Gedacht ist keineswegs an eine größere Autonomie der Kirchenkreise gegenüber der Landeskirche. Die Kirchenkreise erhalten lediglich zusätzliche Kompetenzen zu Lasten der Gemeinden. Ansonsten ist ein eigenartiger Verschiebebahnhof an Verantwortlichkeiten zu registrieren, an dessen Ende nur eins steht: mehr Verwaltung!

Ein Beispiel hierfür ist die bisher zu wenig beachtete „Reform“ der **Rechnungsprüfung**. Bis vor kurzem war diese dezentral in Verantwortung der Kirchenkreise geregelt. Oftmals unterhielten mehrere Kirchenkreise gemeinsam ein Rechnungsprüfungsamt. Seit Beginn des Jahres gibt es noch fünf Rechnungsprüfungsämter, deren Tätigkeitsfeld sich über bis zu 10 Kirchenkreise erstreckt. Von dieser Maßnahme erhoffte man sich Einspareffekte und eine höhere Effizienz. Die bisher erkennbaren Einspareffekte sind bestenfalls marginal. Hinzu kommt, dass die neuen Rechnungsprüfungsämter nur noch die Funktion der Wirtschaftsprüfung wahrnehmen, für Einzelprüfungen sowie sonstige aufsichtliche Aufgaben sind nunmehr die Kirchenkreise zuständig. Haushaltspläne der Gemeinden sollen z.B. den Kreissynodalvorständen vorgelegt werden. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass Kreissynodalvorstände damit überfordert sind. Von der Sache müssten zwingend neue MitarbeiterInnen in der Trägerschaft der Kirchenkreise eingestellt werden, die den KSV's zuarbeiten. Denn ehrenamtlich ist diese Aufgabe kaum zu leisten. In Ausnahmefällen sind die Rechnungsprüfungsämter auch zu Einzelprüfungen bereit, hierfür fallen dann allerdings zusätzliche Gebühren an. In

Zukunft wird es also Personal für bestimmte Aufgaben der Rechnungsprüfung als Teil der kreiskirchlichen Verwaltung geben. Außerdem gibt es nun die neuen Rechnungsprüfungsämter. Unausweichlich ist, dass das Ganze keineswegs zu Einsparungen führt, sondern dauerhaft deutlich höhere Kosten verursacht.

Die Gemeinden tun gut daran, sich auf erheblich höhere kreiskirchliche Umlagen einzustellen. Denn diese seltsame „Reform“ der Rechnungsprüfung ist nur ein Beispiel unter vielen. Das neue kirchliche Finanzwesen (NKF), ebenfalls eingeführt mit der Begründung, hiermit effizienter und zielgenauer mit kirchlichen Mitteln umgehen zu können, kostet während der Implementierungsphase und schon jetzt erkennbar auch dauerhaft jede Menge Geld. Kommt es z.B. zu einem „umfangreichen Berichtswesen“, wie es die NKF-Logik verlangt, so müssen diese Berichte auch kompetent ausgewertet werden - mehr Personal ist erforderlich, denn die meisten Verwaltungen sind im Moment eh schon am Limit.

Wer die Kirchenkreise in ihrer aufsichtlichen Kontrollfunktion gegenüber den Gemeinden stärken will, muss diesen auch den entsprechenden Apparat zugestehen. Dieser ist bisher nicht ausreichend vorhanden. Die Gemeinden werden ihren Kompetenzverlust teuer bezahlen müssen. Schon jetzt fließen von jedem Euro eingenommener Kirchensteuer 22 Cent in den Kapitalstock der Versorgungskasse. Zusätzliche Finanzmittel werden abfließen für neue MitarbeiterInnen im Bereich der Verwaltung. Die Folge davon ist ein verschärfter Abbau von Stellen in Arbeitsfeldern, die direkt den Menschen zugute kommen: in der Jugendarbeit, der Kirchenmusik oder im Pfarrdienst.

Dieser Logik entspricht es, dass der Bereich der Verwaltung nicht betroffen ist von den aktuellen Überlegungen im Blick auf die Personalplanung. Sie genießt einen Sonderstatus.

## **Wie man Synoden entmachtet und Menschen zum Schweigen bringt**

Es bedarf nicht unbedingt Änderungen der Kirchenordnung, um den Einfluss von Synoden zu schwächen. Auch eine Überforderung von Leitungsgremien erleichtert es Akteuren im Hintergrund, ihre Anliegen durchzusetzen, die bei einer intensiveren Betrachtung kaum mehrheitsfähig wären. Man darf getrost unterstellen, dass die meisten Mitglieder der Landessynode, die für die neue Struktur der Rechnungsprüfung stimmten, eine Entwicklung, wie sie sich nun darstellt, nicht gewollt haben. Erhält man als Mitglied der Landessynode kurz vor Weihnachten ein Paket mit mehreren hundert Seiten Synodalunterlagen, wird man sich vielleicht intensiv mit dem eigenen Interessengebiet beschäftigen und das übrige Material bestenfalls überfliegen. Alleine die Fülle an Themen und Baustellen in unserer Kirche reduziert die Möglichkeit, sich gründlich und kritisch einzubringen.

Dies gilt für alle kirchlichen Ebenen. Nehmen wir einen Kirchenkreis, dessen Gemeinden in der Vergangenheit in einem Zustand der „splendid Isolation“ nebeneinander her existiert haben. Dort ein Gefühl für Kooperation herzustellen und Modelle der Regionalisierung mit Leben zu füllen ist ein Projekt, das intensiv über viele Jahre hinweg vorangetrieben werden muss. Es fordert Leitungsgremien und Beschäftigte gleichermaßen. Viel darf da nicht mehr dazu kommen. Kam aber Doch! Jede Menge! Alleine die Umstellung der Finanzverwaltung müsste, solide betrieben, einen Zeitraum von vielen Jahren umfassen. Jetzt gibt es Kirchenkreise, die

Fusionen hinter sich haben, mitten in der NKF-Einführungsphase stecken, gleichzeitig über neue Verwaltungsstrukturen sowie über Personalkonzepte nachdenken und nebenher noch die Presbyteriumswahlen durchführen müssen.

### **Die Vielzahl der Baustellen untergräbt jede sinnvolle Form der Beteiligung und führt zwangsläufig zu Fehlern, Überforderungen und unsolidem Vorgehen!**

Unsere Kirche soll umgebaut werden, damit sie irgendwann einmal attraktiver ist als heute. Doch im Moment herrscht auf der Baustelle Chaos. Denn alle Gewerke sollen offenbar gleichzeitig durchgeführt werden. Der Rohbau ist noch nicht abgeschlossen, das Dach erst halb gedeckt, da beginnt man schon mit dem Innenausbau, wird die Heizung installiert und zwischendurch noch einmal die Raumaufteilung verändert auf Anraten externer Experten, was dann dummerweise die Statik gefährdet. Alle stehen unter wachsendem Druck, kritische Anfragen von kleinen Handwerkern werden nur noch als Störung empfunden; die Bauleitung hat einen in ihren Augen wunderbaren Plan vor Augen, allerdings den Durchblick über die vielen parallel laufenden Maßnahmen schon seit längerem verloren.

Ein kirchlich engagierter Bekannter, der auch auf Grund seiner ehrenamtlichen Funktionen in unserer Kirche ihre Mutationen aufmerksam beobachtet und in leitender Position in einem großen Unternehmen tätig ist, schreibt mir folgende Zeilen: „**Ich schwanke im Moment noch mit meinem Urteil, ob in Düsseldorf entweder kaum Kompetenz sitzt oder aber so viel arrogante Kompetenz, die bewusst den "dummen" Praktikern hintenrum irgendwelche Sachen aufdrückt so nach dem Motto, die merken das nicht bzw. eh erst wenn's zu spät ist.....**“. Er überlegt, seine kirchlichen Ämter niederzulegen.

Spätestens seit 2006 wird in unserer Landeskirche in Strukturfragen ein harter kirchenpolitischer Kurs gefahren, der nicht mehr konsensorientiert ist. Seit 2006 wurden Gemeinden und Kirchenkreise nicht mehr umfassend (z.B. durch Proponenten der Kirchenleitung) in den „Reformprozess“ mit eingezogen. Die Folge davon ist Resignation - gerade auch bei kompetenten Ehrenamtlichen, von denen sich viele zurückgezogen haben. Es herrscht das Gefühl vor, die Entwicklung unserer Kirche nicht mehr beeinflussen zu können, man fühlt sich ausgeliefert. Die Synoden sind zahmer geworden. Denn die Resignation wird von vielen Hauptamtlichen geteilt. Hinzu kommt die Angst um den eigenen Arbeitsplatz, die einst selbstbewusste und meinungsfreudige Menschen hat schweigsam werden lassen.

## **Kritische Stimmen mehren sich**

Dennoch wächst die Nachdenklichkeit. Die kritischen Stimmen mehren sich. Dies zeigen zum Teil auch die Regionalkonferenzen der Ev. Kirche im Rheinland, in denen es zunächst um die Themen „Personalplanung“ und „Verwaltungsstrukturreform“ gehen sollte. Sie wurden ergänzt durch Veranstaltungen in etlichen Kirchenkreisen. Es gibt viel Unmut, leider noch mehr Resignation, die wenigsten tragen die Reformprojekte aus Überzeugung, geschweige denn mit Begeisterung mit. Kritische Stellungnahmen findet man nun sogar auf der offiziellen Homepage der Ev. Kirche im Rheinland ( unter <http://www.ekir.de/www/regionalkonferenzen-13498.php>). Neben dem Beitrag von Oberkirchenrat Manfred Rekowski ist die Stellungnahme von Pfarrer Dr. Siedler, dem Vorsitzenden des Presbyteriums der Kirchengemeinde Düren, äußerst lesenswert. Aber auch in anderen Beiträgen finden sich mitunter interessante Zwischentöne. Positiv hervorzuheben ist die Tatsache, dass von allen

Regionalkonferenzen unter der oben genannten Adresse mittlerweile Protokolle vorliegen, die wirklich lesenswert sind.

Beachtenswert ist der neue Internet-Auftritt von Pfarrer Manfred Alberti aus Wuppertal (<http://www.presbyteriumsdiskussion-ekir.de/>). Alberti hat wichtige Schritte des Reformprozesses in unserer Kirche in acht Kapiteln problematisiert, wobei es ihm vor allem um die Integrität der Gemeinden und die Kompetenzen der Presbyterien geht. Außerdem hat er Anträge zu verschiedenen Themen zusammengetragen, die über die Kreissynoden an die Landessynode gestellt werden können. Darüber hinaus enthält die Homepage etliche lesenswerte Texte wie z.B. die Duisdorfer Erklärung von 2009.

Die Besucherzahlen der „Zwischenrufe zu Kirche und Gesellschaft“ ([www.zwischenrufe-diskussion.de](http://www.zwischenrufe-diskussion.de)) haben sich seit Jahresbeginn vervielfacht. Auch dies ist ermutigend.

Ein „Leuchtfeuer“ der Hoffnung ist seit einiger Zeit die Kirchengemeinde Düren. Für den 19. Oktober 2011 lädt sie zu einem zweiten Studientag ein, um Verabredungen zu treffen und Protestaktionen vorzubereiten. Ziel ist es, der Forderung Nachdruck zu verleihen: **Keinen Beschluss zur Kirchlichen Personalplanung und zur Verwaltungsstrukturreform auf der Synode 2012!**

Es wächst ein noch lockeres Netzwerk von Menschen, die sich mit Fehlentwicklungen in unserer Kirche nicht abfinden wollen. Vom Saarland bis zum Niederrhein, vom Hunsrück bis zum Ruhrgebiet treten Personen miteinander in Kontakt, um sich zu wehren und einen Prozess einzuleiten, an dessen Ende eine wirkliche Kirchenreform von unten stehen könnte.

## Perspektiven

Um sich dem anzunähern, bedarf es eines langen Atems. Es mehren sich die Anzeichen dafür, dass der sog. Reformprozess, der so gar nichts mit reformatorischer Begeisterung zu tun hat, sich auf eine profunde Krise zu bewegt. Die hohe Zahl der Baustellen überfordert nicht nur die Leitungsgremien, sondern vor allem die MitarbeiterInnen an der Basis gnadenlos, die dies alles umsetzen sollen. Möglicherweise wird in der kommenden Zeit die interessante Frage eine Antwort finden, ob es das kollektive Burnout einer Kirche geben kann. Man fragt sich immer mehr, wo eigentlich der „Erfolg“ dieser Umbaumaßnahmen bleibt.

Notwendig wäre ein nachdenkliches Innehalten - nicht nur bei den Themen „Personalplanung“ und „Verwaltungsstrukturreform“. Die Forderung nach einem Proponendum ist jedenfalls mehr als berechtigt. Hierbei sollte man sich nicht am Begriff festhalten. Es geht um ein aktives Einbeziehen der Kirchenkreise und Gemeinden, die seit 2006 nicht mehr gehört wurden. Es muss auch im Interesse der Kirchenleitung sein, zu erfahren, wie die Stimmung in den Gemeinden und Kirchenkreisen tatsächlich ist. Ob der Umbau unserer Kirche sich in irgendeiner Weise positiv auswirkt, hängt ganz entscheidend davon ab, mit welcher Motivation sich die Menschen an der kirchlichen Basis einbringen und ob sie überhaupt in der Lage sind, bei einer eher zurückgehenden Zahl an Ehrenamtlichen und einem Stellenabbau quer durch alle kirchlichen Berufe (die Verwaltung demnächst ausgenommen) die geplanten Maßnahmen umzusetzen.

Angesichts der Erfahrungen der letzten Jahre ist Skepsis angebracht. Von der Superintendentenebene an ist zu viel leitendes Personal unterwegs, dass im Zweifel

eigene Ambitionen stärker gewichtet als das Wohl der Kirche und das eigene Unsicherheiten überspielt, um nur ja nicht anzuecken. Man darf sich keinen Illusionen hingeben: es gibt zudem jenen harten Kern von fest Entschlossenen, die die angedachten und bereits beschlossenen Maßnahmen buchstäblich um jeden Preis durchziehen wollen. Und so wird es bereits im Vorfeld der Landessynode wie in der Vergangenheit Versuche geben, kritische Anträge erst gar nicht auf Kreissynoden abstimmen zu lassen. Die Hauptakteure werden den Zustand unserer Kirche schönreden und bedenklich Symptome, die auf ein Scheitern der „Reform“ hindeuten, als Einzelphänomene abtun, die auf individuelle Fehler zurückzuführen sind.

Hier gilt es, tapfer dagegen zu halten - auch über die Landessynode 2012 hinaus. Denn die Zeit arbeitet nicht unbedingt für diejenigen, die die Verantwortung tragen für das Chaos auf der Baustelle.

**„Wenn der Herr nicht das Haus baut, so arbeiten umsonst, die daran bauen!“** - So lautet der Beginn von Psalm 127.

Und es geht um den Aufbau eines Netzwerkes der Solidarität mit und durch jene, die an ihrer Kirche leiden und sich von ihr schäbig und diskriminierend behandelt fühlen.